

APA0138 5 II 0354 CI/XI Di, 15.Dez 2020  
Epidemie/ Viruserkrankung/ Schule/ Österreich



## Corona - Lehrer gegen Test- und Impfverpflichtung

**Utl.: Kimberger will auf Überzeugung setzen statt auf Zwang - Forderung nach Testung der Schüler, schulautonomen Schichtbetrieb und mehr Schnelltests**

Wien (APA) - Ab 8. Jänner müssen sich laut Ankündigung der Regierung alle körpernahen Berufsgruppen alle zwei Wochen auf eine Infektion mit Sars-CoV-2 testen lassen. Von den Lehrern kommt allerdings Widerstand gegen diese Regelung. "Ich sehe das sehr, sehr skeptisch", so der oberste Lehrervertreter Paul Kimberger (FCG) zur APA. Es brauche unbedingt mehr Testungen, er will aber auf Überzeugung setzen statt auf Zwang. Eine diskutierte Impfpflicht für Lehrer ist für ihn derzeit undenkbar.

Am Lehrer-Massentest hätten mehr als 70 Prozent freiwillig teilgenommen, betonte Kimberger das große Engagement der Pädagogen. In der Gesamtbevölkerung waren es nur knapp 23 Prozent. Dazu komme, dass eine Massentestung ohnehin nur zu einem sicheren Schulbetrieb beitragen könne, wenn auch Schüler getestet werden. "Sonst ist das wieder nur eine Einzelmaßnahme."

Neben Schülertestungen fordert Kimberger etwa mehr Schnelltests an den Schulen, um unmittelbar Verdachtsfälle abklären zu können. Zwar werden laut Bildungsministerium in allen Bundesländern außer Wien seit gut einer Woche an den Schulen Antigen-Schnelltests eingesetzt. "In der Praxis ist das aber noch nicht angekommen", sagt Kimberger.

Außerdem plädiert der Vorsitzende der ARGE Lehrer in der GÖD nach wie vor dafür, dass Schulen schulautonom auf Schichtbetrieb umstellen können. Eine Lösung brauche es auch endlich für die Frage der Schülertransporte: Es habe wenig Sinn, in den Schulen Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen einzuhalten, wenn die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg in völlig überfüllten Verkehrsmitteln zurücklegen müssen.

Regelungsbedarf sieht Kimberger auch noch beim Spezialthema der schwangeren Lehrerinnen: Hier wurde zwar zuletzt im Parlament beschlossen, dass Schwangere in Berufen mit Körpernähe künftig ab Beginn der 14. Schwangerschaftswoche bei voller Lohnfortzahlung freizustellen sind. "Da gibt es allerdings Stimmen, die sagen, das betrifft nicht alle schwangeren Lehrerinnen. Das ist aus meiner Sicht inakzeptabel."

Für eine Diskussion über eine Impfpflicht für Lehrer hat Kimberger derzeit keinerlei Verständnis. Es sei noch nicht einmal klar, ob die Impfung nur vor einer Erkrankung schützt, aber nicht davor, die Infektion weiterzugeben. "Und auch hier geht es für mich um Überzeugung und nicht um Zwang."

(Schluss) riß/aku/wim

APA0138 2020-12-15/10:25  
151025 Dez 20



**Starke Lehrerinnen und Lehrer  
für eine starke Zukunft unserer Kinder!**